

Wie viele Fremdsprachen sind sinnvoll in der Primarschule? Sind die Schüler überfordert mit Frühfranzösisch und Frühenglisch? Wie sprachlastig soll der Unterricht sein? Diese drei Fragen sind pädagogische Fragen – und man soll sie bitte auch pädagogisch beantworten.

In verschiedenen Kantonen hat sich eine Mehrheit der Lehrerschaft für eine Verschiebung von Französisch in die Oberstufe ausgesprochen. Aus pädagogischen Gründen. Auch der Schweizer Lehrerverband (LCH) geht in diese Richtung. Schon 2011 äusserte sich der damalige Chefpädagoge des LCH, Anton Strittmatter, deutlich: «Aus sachlichen Gründen müsste man auf die zweite Fremdsprache verzichten, aber politisch ist das derzeit leider nicht durchsetzbar.»

Die Sprachenfrage wird nun moralistisch aufgebauscht. Bundesrat Alain Berset spricht von einer «Gefährdung des nationalen Zusammenhalts». Diese Behauptung ist falsch. Zum Glück hat sich unser Land nie über eine Sprache oder eine Religion definiert, sonst wäre die Schweiz schon längst auseinandergekracht. Viel wichtiger ist es, dass wir unseren Staat von unten nach oben organisieren: föderalistisch. Die Kantone können selber entscheiden, was gut für sie ist. Niemand soll dem zweisprachigen Freiburg vorschreiben, wie es seine Volksschule gestaltet. Aber dieses Recht steht auch allen anderen Kantonen zu. Wer bei der Sprachenfrage von «nationalem Zusammenhalt» redet und gleichzeitig den Föderalismus und Volksentscheide ausschalten will, macht sich unglaubwürdig.

Wenn der Frühfremdsprachenunterricht wirklich so erfolgreich wäre, wie man bei

BZ Gast



Der Nidwaldner SVP-Nationalrat und Gymnasiallehrer **Peter Keller** zum Fremdsprachenstreit

Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind zu viel

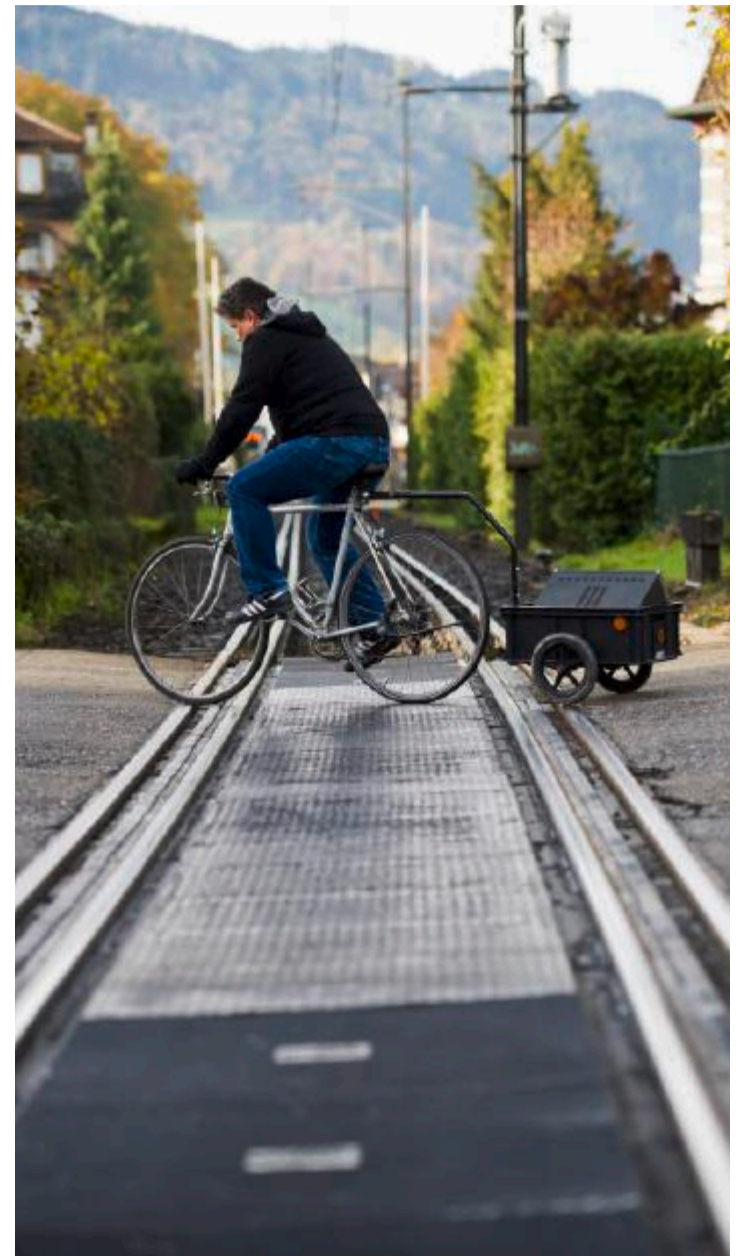
seiner Einführung glaubte, würden wir diese Diskussion nicht führen. Fakt ist: Wir betreiben viel Aufwand für ein bisschen Frühfranzösisch und ein bisschen Frühenglisch. Eine Befragung von Lehrlingsausbildnern hat jedoch ergeben, dass rund ein Drittel der Lehrlinge «nachqualifiziert» werden muss. Das heisst, den Berufsanfängern fehlen wesentliche Grundlagen, um überhaupt eine Ausbildung zu bewältigen. Es geht hier nicht um Englisch oder Französisch, sondern um Deutsch und um einfache Rechenaufgaben, die nicht gelöst werden können. Hier muss man ansetzen.

Die Schweiz ist stolz auf ihr Berufsbildungssystem. Die meisten Jugendlichen machen eine Lehre, die ihnen viele Möglichkeiten bietet. Dank diesem Erfolgsmodell haben wir nur rund drei Prozent Jugendarbeitslosigkeit (in der EU sind es über zwanzig Prozent). Doch die Berufsbildung ist in Gefahr. In gewissen Branchen herrscht ein regelrechter Notstand an Lehrlingen. Das hat verschiedene Gründe. Sicher ist, dass der sprachlastige Unterricht diese Situation verschärft. Wo bleibt das Werken, das technische Gestalten in der Primarschule? Viele Kinder könnten dort neue Begabungen entdecken und Bestätigung finden: Ich kann mit meinen Händen etwas anfangen.

Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind zu viel. Die Volksschule muss sich wieder auf ihren Kernauftrag besinnen: Den Jugendlichen das nötige Rüstzeug zu vermitteln, damit sie erfolgreich in das Berufsleben starten können.

Die SVP hat im Kanton Nidwalden eine Initiative lanciert, welche die Rückkehr zu bloss einer Fremdsprache an der Primarschule fordert. In der morgigen Ausgabe folgt die Replik von Jean-François Steiert, Freiburger SP-Nationalrat.

Verzögerung bei Übergängen



Ungesicherte Bahnübergänge führen immer wieder zu Unfällen. Keystone

«Firmen fahren bei solchen Aufträgen mit einem Heer von Juristen auf»

GOTTHARDBAUSTELLE Streitereien zwischen Firmen verzögern die Fertigstellung von Jahrhundertbauwerken wie der Gotthard-Neubaustrecke. Philipp Hadorn, Präsident der Neat-Aufsichtsdelegation, erklärt, was falsch lief.

Herr Hadorn, der Bauherrin des Gotthard- und des Ceneri-Tunnels drohen zum wiederholten Mal millionenteure Verzögerungen, wegen Firmen, die um Aufträge streiten. Warum ist das möglich?

Philipp Hadorn: Das Beschaffungswesen ist anspruchsvoll. Richtigerweise müssen Anbieter, die den Zuschlag nicht erhielten, Beschwerdemöglichkeiten zustehen. Für derart komplexe Aufträge wie jenem der Bahntechnik des Ceneri-Tunnels gibt es nur wenige Anbieter. Die hochkomplexen technischen Anforderungen bedeuten für sie bereits in der Offertphase einen enormen Aufwand.

Aber die Verbissenheit, mit welcher bei den beiden Tunnels um Aufträge gekämpft wird, ist trotzdem ungewöhnlich!

Der Zuschlag eines derartigen Auftrages ermöglicht der Firma, die ihn bekommt, einen Entwicklungsschub, der sich in technischer Innovation und der Bedeutung innerhalb der Branche wegweisend auswirken kann. Deshalb fahren die unterliegenden Firmen mit einem Heer von Juristen auf, um irgendwelche Verfahrensfehler ausfindig zu machen. Offensichtlich immer wieder mit Erfolg.

Ein solcher Erfolg ist nur möglich, wenn das Verfahren unsauber durchgeführt wurde. Wer ist schuld am Debakel?

Es ist schwierig, abzuschätzen, wer wirklich die Schuld für derartige fehlerhafte Ausschreibungen trägt.

Warum nicht die Bauherrin, welche die Ausschreibungen ja formuliert und das Vergabeverfahren durchgeführt hat?

Natürlich verantwortet die Bauherrin, in vorliegenden Fall die Alptransit AG, das Ausschreibungsverfahren.

Aber?

Diese konnte den Aufsichtsorganen glaubhaft darlegen, dass die Ausschreibung unter Beizug aller möglichen Spezialisten des Vergabe- und Beschaffungsrechts vorbereitet worden war. Trotzdem passierte der Verfahrensfehler. Dass die Projekte vorübergehend gestoppt wurden, lag korrekterweise in der Kompetenz der Justiz.

Dann verantworten die Richter die möglichen Mehrkosten.

Nach meinem Verständnis gilt es die Gewaltentrennung strikte einzuhalten, und so steht es weder der Aufsicht führenden Gremien noch der Verwaltung zu, diese zu kritisieren. Allerdings bereitet die mögliche Verzögerung mit den Folgen hinsichtlich der Kosten und allfälliger verspäteter Inbetriebnahme ernsthaft Sorgen.

Deshalb schlägt die Neat-Aufsichtsdelegation, die Sie präsidieren, vor, das Beschaffungsgesetz zu ändern. Wie genau?

Wir fanden, dass bei der Beurteilung allfälliger Mängel in Vergabeverfahren die Folgen für Projekte und die finanziellen Auswirkungen für den Bund stärker gewichtet werden müssen. Aus meiner Sicht gilt es zu prüfen, mit welchen Mitteln einem zu Unrecht unterlegenen Anbieter zum Recht verholfen werden kann, ohne derart Zeit und Steuergelder zu verschleudern. Es kann nicht sein, dass Jahrundertprojekte blockiert werden können.

Aber wie lässt sich das regeln? Es scheint mir sinnvoll, das Gesetz so zu ändern, dass die Krea-



Philipp Hadorn. Keystone

tivität der Juristen umgelenkt wird. Es soll Anreize bieten, dass Verlierer von Beschaffungsverfahren nach konstruktiven Lösungen suchen, statt mit Spitzfindigkeiten Projekte von enormer gesellschaftlicher Bedeutung lahmzulegen. Es gilt Anpassungen für Beschaffungswesen zu finden, welche den vielfältigen Ansprüchen gerecht werden.

Interview: Mischa Aebi

FIASKO GOTTHARDSTRECKE

Die Bauherrin des Ceneri-Tunnels kann weder Kabel noch Fahrbannelemente in den Tunnel einbauen lassen, weil das Bundesverwaltungsgericht der Bauherrin untersagte, einen bereits vergebenen Auftrag neu auszuschreiben. Aufgrund dessen rechnet die Bauherrin damit, dass der Tunnel mindestens zwei Jahre später fertig und über 100 Millionen Franken teurer wird als geplant, wie diese Zeitung gestern berichtete. Die Neat-Aufsichtsdelegation (NAD) ist eine Institution des Bundesparlaments. Sie hat die politische Aufsicht über die Bahnneubauprojekte der Neat. Dazu gehören Gotthard- und der Ceneri-Basistunnel. Nationalrat Philipp Hadorn ist Präsident der NAD. ma

SICHERHEIT Etwa 1000 ungesicherte Bahnübergänge gibt es in der Schweiz. Die Bahnunternehmen erhalten nun mehr Zeit dafür, diese Sicherheitsmängel zu beheben.

Bis Ende Jahr haben die Bahnunternehmen Zeit, alle ungesicherten Übergänge zu sanieren. Gemeint sind Bahnübergänge, an denen weder Wechselblinker noch Andreaskreuze die Menschen warnen, und an denen es keine Bahnschranken gibt.

Wie Radio SRF gestern berichtete, will das Bundesamt für Verkehr den Bahnfirmen mehr Zeit einräumen. Zwar verlangen die Behörden nach wie vor, dass die Bahnunternehmen bis Ende Jahr alle Sanierungsgesuche einreichen. Die Arbeiten müssen aber erst ein Jahr später abgeschlossen sein.

Trotzdem verlangt das Bundesamt Sofortmassnahmen für alle Bahnübergänge mit ungenügenden Sichtverhältnissen. Konkret müssten die Züge an solchen Stellen langsamer fahren.

Ueli Stückelberger, der Direktor des Verbandes des öffentlichen Verkehrs, findet das problematisch: «Dann gäbe es wieder Probleme mit der Einhaltung des Fahrplans, und das ist sicher nicht im Sinne der Kundinnen und Kunden.» Solche provisorischen Massnahmen seien kontraproduktiv, findet er.

Man solle sich jetzt lieber auf das Ziel konzentrieren, Schritt um Schritt alle Bahnübergänge mit Sicherheitsinstrumenten auszustatten.

Das Bundesamt für Verkehr prüft diesen Einwand. Im Herbst wird es die definitiven Vorschriften erlassen. met

SCHULEN, INSTITUTE UND AUSBILDUNG

Erfolg ist lernbar

- Sprachkurse**
 - Englisch/Deutsch/Franz./Ital./Span.
 - Free-System/Gruppen-/Einzelkurse
- Handelsschule**
 - Höheres Wirtschaftsdiplom HWD/VSK
 - Techn. Kaufmann/-frau Eidg. FA
- Arzt-/Spitalsekretärin**
 - Chefarztsekretärin/Med. Praxisleiter
 - Sprechstundenassistentin
 - Ernährungs-/Wellness-/Fitnessberater
 - Gesundheitsberater/-masseur/In

am ■ Abend ■ Samstag ■ Montag
Jezi Kursbeginn!

Benedict
AARBERGEGASSE 5 (NAHE HAUPTBAHNHOF)
3011 BERN | PARKING METRO
TEL. 031 310 28 28
www.benedict.ch

KAKTEEN GAUTSCHI
Kakteengärtnerei · Wilstrasse 1 · 5503 Schaffisheim
Telefon 062 891 87 24 · www.kakteen.ch

Kaktus-Chilbi
12./13. Juli 2014
9.00-17.00 Uhr